

## Geleitwort

Die Fachtagung *Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg – Bilanz und Perspektiven*, die das Moses Mendelssohn Zentrum in engerer Kooperation mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ im Mai 2009 durchführte, fand auf Einladung der SPD-Fraktion in Räumen des Brandenburgischen Landtags statt. Für diese Einladung sind wir der SPD-Fraktion, und besonders auch der damaligen Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses und jetzigen Bildungsministerin Dr. Martina Münch, zu großem Dank verpflichtet. Wir sind aber auch sicher, dass die anderen demokratischen Parteien in Brandenburg nicht anders reagiert hätten, wenn wir sie gefragt hätten, denn bei allen begründeten Unterschieden stehen die demokratischen Parteien hier im Lande mit großer Entschiedenheit gegen die Bedrohung von Rechts ein. Daher scheint es uns eine sinnfällige Botschaft, dass unsere Fachtagung an jenem Ort stattfinden konnte, der nach den Prinzipien einer parlamentarischen Demokratie auf föderaler Grundlage der Ort ist, an dem sich die Volkssouveränität verwirklicht. Hier werden die Gesetze beraten und beschlossen, die unser Zusammenleben in Brandenburg regeln, hier verwirklicht sich die Verantwortlichkeit der Regierung als Ministerverantwortlichkeit und das Budgetrecht als entscheidender Ausdruck demokratischer Selbstverwaltung. Dies ist, davon sind wir überzeugt, mehr als jene Mischung aus autoritärer Präsidialverfassung und plebiszitärem Populismus, den rechtsextreme Parteien wie die NPD als „wahre Demokratie“ ausgeben, und wir wollen dies einmal in aller Deutlichkeit festgehalten haben.

Volkssouveränität ist aber auch der Gegenentwurf zum Fürstenabsolutismus, möge dieser auch aufgeklärt sein. Ich sage dies,

weil uns der Begriff der Toleranz durchaus problematisch werden kann. Er ist ursprünglich kein demokratischer Begriff, sondern an den Fürsten, den personalen „Souverän“ gebunden, der sich aus eigenen Stücken entscheidet, Toleranz zu üben. Wenn Friedrich II. verkündet, in seinem Herrschaftsbereich möge Jeder nach seiner *façon selig* werden, so heißt das eben auch, dass die vom Fürsten gesetzte Ordnung im Diesseits verbindlich bleibt, rechtlich garantiert, aber ohne Mitwirkung der Untertanen. Dies ist in einer parlamentarischen Demokratie anders, oder sollte es zumindest sein.

Wir sagen nicht, dass die Vielfalt der Interessen in einer modernen Gesellschaft ein Übel ist, das nicht abzustellen und daher zu regeln sei – und dass autoritäre Führung dafür am besten geeignet sei. Wir sagen, dass Vielfalt der Meinungen, Artikulation der eigenen Interessen ein Vorteil unserer pluralen Gesellschaft ist. Moses Mendelssohn, der große jüdische Philosoph der Aufklärung, dessen Namen unser Forschungszentrum in Potsdam trägt, hat dies am Beispiel religiöser Pluralität bereits 1782 verdeutlicht, wenn er sagt: „Glaubensvereinigung ist nicht Toleranz; ist der wahren Duldung gerade entgegen.“ Und sich dann in deutlichen Worten für den Streit der Meinungen einsetzt.

Von Moses Mendelssohn stammt auch jenes Stammbuch-Motto: „Nach Wahrheit forschen; Schönheit lieben; Gutes wollen; das Beste thun“. Darum war es uns auch in unserer Fachtagung zu tun. „Schönheit lieben“, freilich, stand nicht im Mittelpunkt unseres Anliegens, wohl aber die drei anderen Bestandteile des Mottos: Forschen – Wollen – Tun. Die wissenschaftliche Fachtagung *Die Grenzen der Toleranz* präsentierte Ergebnisse der Forschung; wir verstanden sie aber auch als einen Beitrag zur politischen Willensbildung im Land – nicht nur in Landtag, Regierung und Verwaltung, sondern auch in der aktiven Bürgerschaft, in Kommune und Landkreis. Das hier präsentierte akademische

Wissen sollte eine unmittelbare Handlungsrelevanz entwickeln, also helfen, „das Beste [zu] thun“. Darum hatten wir auch einen ungewöhnlichen Weg gewählt: Auf dieser Tagung sollten nicht bloß die Wissenschaftler sprechen und ihre Weisheit verkünden, vom Katheder oder aus dem Elfenbeinturm. Den Fachvorträgen wurde vielmehr jeweils ein knapper „Kommentar aus der Praxis“ an die Seite gestellt, der das Vorgetragene ergänzte, eine neue Perspektive einbrachte, oder vielleicht auch eine abweichende Position artikulierte. Die Fachbeiträge selbst, die wir hier in gedruckter und bearbeiteter Form vorlegen, behandeln das rechtsextreme Milieu, seine Aktionsformen, seine Zusammenhänge mit soziologischen Aspekten, wie regionale Entwicklung, Gewaltakzeptanz oder Armut, bürgerschaftliche kommunale und repressive landespolitische Antworten.

Das große Echo auf diese Tagung zeigt aufs Neue, dass in Brandenburg bei der Abwehr von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus viel geleistet wird. Aus analytischer Sicht muss man weite Teile der brandenburgischen Gesellschaft als aktive Stützen dieser Auseinandersetzung sehen. Eine kritische Anmerkung betrifft allenfalls unsere ureigenste Domäne – die Wissenschaft. Das Moses Mendelssohn Zentrum hat es immer als seinen Auftrag begriffen, im Sinne des zitierten Mendelssohn-Mottos in die Gesellschaft hinein zu wirken. Für diesen auch pädagogischen und – scheuen wir uns nicht, es zu sagen – politischen Auftrag werden wir im Kollegenkreis mitunter belächelt. Karriereförderlich scheint dieser Weg jedenfalls nicht zu sein, zumindest nicht innerhalb der Akademie. Tatsächlich fällt auf, dass in- und außerhalb Brandenburgs bedeutende Forschungsleistungen vortragen werden, diese aber fast nie zur Bündelung kommen. Das hat auch eine institutionelle Ursache: Antisemitismusforschung ist kaum, Rechtsextremismusforschung fast nirgends institutionalisiert. Die meisten ausgewiesenen Rechtsextremismus-Experten

sind gezwungen, das Forschungsgebiet gewissermaßen nebenher zu betreuen, neben ihren Lehr- und Forschungsverpflichtungen im Bereich der politischen Theorie, soziologischen Raum- oder Familienforschung usw. Dass aber an gründlichen Analysen des Rechtsextremismus und an der Bündelung der einzelnen, verstreuten Befunde in Brandenburg ein gesellschaftlicher und politischer Bedarf besteht, zeigt uns nicht zuletzt unsere Fachtagung.

Wir haben gesagt, dass Toleranz nicht Beliebigkeit oder Gleichgültigkeit ist, sondern Anteilnahme, aber auch Streit der Meinungen voraussetzt. Und wir haben gesagt, dass darin gerade die beste Seite moderner pluraler Gesellschaften liegt. Die Fachtagung *Die Grenzen der Toleranz* und der vorliegende Sammelband fragen nach jener Linie, an der wir nicht mehr bereit sind, zu dulden – wir, damit meine ich die demokratische brandenburgische Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite. Ein Forschungsprojekt, das wir 2006–2008 am Moses Mendelssohn Zentrum durchgeführt haben, führt zu der Grundthese, dass die Voraussetzung der relativ erfolgreichen Abwehr im Land darin liegt, dass die Gesellschaft definiert und markiert, wo sie nicht mehr bereit ist, zu dulden.<sup>1</sup> Man kann sagen: dort, wo die Meinungsäußerung aufhört, die Beleidigung, Verunglimpfung und Bedrohung von Bevölkerungsgruppen oder historischen Opfergruppen nationalsozialistischer Gewaltherrschaft beginnt, dort, wo die Grundlagen unseres friedlichen Zusammenlebens bewusst und gezielt von einer selbst ernannten „nationalen Opposition“ angegriffen werden, mit dem erklärten Ziele, sie zu beseitigen – dort endet unsere Toleranz. Die Mehrheit der Brandenburgischen Bevölkerung muss sich mit abweichenden Lebensstilen und Meinungsäußerungen abfinden, damit aber nicht! Sie muss sich nicht vorführen, demontieren und attackieren lassen.

---

1 Vgl. den Beitrag von Gideon Botsch und Christoph Kopke in diesem Band.

Wie formuliert es Moses Mendelssohn 1782: „Wer die öffentliche Glückseligkeit nicht stöhret, wer gegen die bürgerlichen Gesetze, gegen euch und seine Mitbürger rechtschaffen handelt, den lasset sprechen, wie er denkt, Gott anrufen nach seiner oder seiner Väter Weise ... Lasset niemanden in euern Staaten Herzenskündiger und Gedankenrichter seyn; niemanden ein Recht sich anmaßen, das der Allwissende sich allein vorbehalten hat! ... Liebet die Wahrheit! Liebet den Frieden!“

Das wünsche ich unserem „toleranten Brandenburg“.

Prof. Dr. Julius H. Schoeps

Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam